Presseauswertung Juli 2012

Zeitraum

1. bis 31. Juli 2012

Bearbeiter

Dr. Christoph Ewen, Arne Weißmann (team ewen)

Gliederung

1. Übersicht.....	2
2. EU-Vertragsverletzungsverfahren und Reaktionen	3
3. Prognosen zur Verbesserung der Werra-Qualität	5
4. Kritik an der bisherigen Entsorgungspraxis	6
5. Sonstiges.....	6

1. Übersicht

Die Medien berichteten im Monat Juli herausragend über das EU-Vertragsverletzungsfahren, das am 18.07.2012 in einer Presseerklärung der Werra-Weser-Anrainerkonferenz bekannt gegeben wurde.¹ Anrainer der Flussgebietsgemeinschaft hatten sich mit dem Vorwurf der Nichteinhaltung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie bei der EU-Kommission beschwert. Die Neuigkeit, dass nun ein Vertragsverletzungsfahren gegen die Bundesrepublik eingeleitet wird, fand Ende Juli überregional Beachtung. In mehreren Radiobeiträgen und Nachrichtenprogrammen im Öffentlich-Rechtlichen Regionalfernsehen und in überregionalen Tageszeitungen wurde über das Verfahren berichtet, in dem geklärt werden soll, ob der Bewirtschaftungsplan Weser in Bezug auf die Salzbelastung durch die Kaliproduktion den Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie entspricht. Auslöser des Verfahrens war die Beschwerde von 18 Kommunen, kommunalen Unternehmen und Fischereiverbänden aus Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen. Zahlreiche Beobachter gaben Stellungnahmen zu diesem Thema ab. Da das Dokument der EU-Kommission nicht veröffentlicht wurde, war die Debatte in der Öffentlichkeit recht konfus.

Zuvor besuchte der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier am 05.07.2012 das K+S-Werk Werra, um sich ein eigenes Bild von der Kali-Förderung zu machen.² Er versprach eine genaue Abwägung zwischen Umweltbelangen und Arbeitsplätzen. Seit der Zeit der Wiedervereinigung habe sich die Werra-Qualität schon deutlich verbessert. Er wolle sich aber weiter bemühen, Niedersachsen von einer Leitung zur Nordsee überzeugen. Sein Gastgeber, K+S-Vorstandsvorsitzender Norbert Steiner, „forderte von der Politik langfristige Rahmenbedingungen, die ein Investment“ weiterhin rechtfertigten.³ Den Ausgleich sieht Steiner in erster Linie im sog. 360-Mio. Euro-Paket. Bouffier lobte K+S für bisherige Anstrengungen, die auch nach 2015 weitergeführt werden sollten.⁴ Im Nachgang kritisierte die Grünen-Landtagsfraktion, dass die „Lösung der Umweltaufgaben ... offenbar kein Thema“ waren.⁵

Weiter bot die Prognose der hessischen Umweltministerin Lucia Puttrich (CDU) zur Werra-Qualität Anlass zu Berichterstattung. Mit den bislang beschlossenen Maßnahmen sei hier wenig Verbesserung zu erwarten. Dieses Thema ging allerdings ab dem 20.07.2012 völlig in den Berichten über das Vertragsverletzungsverfahren unter.

In den letzten Tagen des Juli mehrten sich in den Tageszeitungen schließlich die Forderungen, K+S eine Aufgabe der bisherigen Entsorgungspraxis vorzuschreiben.

¹ Werra-Weser-Anrainerkonferenz, Pressemitteilung, 18.07.2012.

² SAT.1, 17:30 live Rheinland-Pfalz und Hessen, 06.07.2012, 17:30 Uhr, 0:02:33.

³ Gießener Allgemeine, 06.07.2012; Rhein-Main-Zeitung, 06.07.2012; Darmstädter Echo, 06.07.2012; Wetzlarer Neue Zeitung, 06.07.2012; Fuldaer Zeitung, 06.07.2012; Südhessen Morgen, Viernheim, 06.07.2012.

⁴ Hersfelder Zeitung, 06.07.2012.

⁵ HNA, Witzenhausen, 07.07.2012; Zitat: Hersfelder Zeitung, 09.07.2012;

2. EU-Vertragsverletzungsverfahren und Reaktionen

Das von der Werra-Weser-Anrainerkonferenz bekannt gegebene Verfahren fand überregional Beachtung in Presse und Rundfunk.⁶ Allerdings ist noch ungewiss, ob das möglicherweise Jahre dauernde Verfahren schließlich zu Konsequenzen für Deutschland führen wird. Für etwaige Strafzahlungen müsste vermutlich der Steuerzahler aufkommen.⁷ Insgesamt ist die Berichterstattung von einigen Unklarheiten in Bezug auf Verfahrensablauf und -inhalte geprägt.

In den verschiedenen Berichten kommt meist Walter Hölzel, Vorsitzender der Werra-Weser-Anrainerkonferenz, zu Wort. Er bezweifelt, dass die Bundesrepublik die Einhaltung des EU-Wasserrechts glaubhaft nachweisen könne.⁸ So ist er der Meinung, das Verfahren zwingt hessische Behörden zur Korrektur ihrer bisherigen Genehmigungspraxis. Dazu zählt die Konferenz v.a. die *"Fortschreibung des Härtegrenzwertes in der Werra (2010), ... die Erlaubnis zur Fortsetzung der Laugenverpressung in den Untergrund (2011) und die Erlaubnis für die Einleitung der Abwässer aus dem Fuldarevier in die Werra (2012)."*⁹ Ob diese Einschätzung berechtigt ist, will Christel Wemheuer (Die Grünen), Umweltdezernentin beim Landkreis Göttingen, noch abwarten.¹⁰ Hölzel dagegen zeigt sich zufrieden: *"Die Anrainer von Werra und Weser fühlen sich in ihrer Arbeit bestätigt. Sie haben das erreicht, was mittelfristig zu erreichen war: die Anerkennung ihrer Rechtsposition durch die EU-Kommission."*¹¹

Im hessischen Umweltministerium gibt man sich währenddessen gelassen. Das HR-Fernsehen zitiert eine Erklärung des Ministeriums: *"Das Vertragsverletzungsverfahren richtet sich nicht gegen Entscheidungen oder Genehmigungen hessischer Behörden, sondern kritisiert den Bewirtschaftungsplan der Flussgebietsgemeinschaft Weser aus sieben Ländern aus dem Jahre 2009"*.¹² Das Kasseler Regierungspräsidium werde jedenfalls die diesbezüglichen Verlautbarungen der EU-Kommission *"im Auge behalten"*.¹³

⁶ Radio: Hit Radio FFH, Nachrichten, 18.07.2012, 22:00 Uhr, 0:00:32; HR Info, Nachrichten, 18.07.2012, 22:00 Uhr, 0:00:35; MDR Info, Nachrichten, 18.07.2012, 22:15 Uhr, 0:00:15; HR 4, Nachrichten, 19.07.2012, 14:00 Uhr, 0:00:54; HR 3, Nachrichten, 19.07.2012, 15:00 Uhr, 0:00:42; HR 3, Meridian, 19.07.2012, 16:12 Uhr, 0:03:15; HR Info, Mitten in Hessen, 21.07.2012, 06:45 Uhr, 0:03:36. TV: HR, hessenschau, 19.07.2012, 19:30 Uhr, 0:01:06; NDR, Hallo Niedersachsen, 19.07.2012, 19:30 Uhr, 0:00:47; MDR, Thüringen Journal, 19.07.2012, 19:00 Uhr, 0:00:26. Kurzmeldungen in Online- und Printmedien: T-Online, 18.07.2012; HNA, 19.07.2012; Neue Westfälische, 19.07.2012; Hannoversche Allgemeine, 20.07.2012.

⁷ Hersfelder Zeitung, 20.07.2012.

⁸ Mindener Tageblatt, 20.07.2012.

⁹ Werra-Weser-Anrainerkonferenz, Pressemitteilung, 18.07.2012.

¹⁰ NDR, Niedersachsen 18.00, 19.07.2012, 18:00 Uhr, 0:00:59.

¹¹ Thüringische Landeszeitung, Eisenach, 20.07.2012.

¹² HR, hessenschau kompakt, 19.07.2012, 16:45 Uhr, 0:01:58.

¹³ Fuldaer Zeitung, 20.07.2012; Mindener Tageblatt, 20.07.2012. Gegenüber der Hersfelder Zeitung wollte das RP Kassel die Einleitung des Verfahrens zunächst nicht kommentieren: Hersfelder Zeitung, 20.07.2012.

Die Flussgebietsgemeinschaft habe nun zwei Monate Zeit um sich zu den Vorwürfen zu äußern.¹⁴ In den Medien gehen die Aussagen darüber, wer nun zuständig ist – die Länder, der Bund oder die Flussgebietsgemeinschaft – durcheinander.¹⁵ In den meisten Zeitungsartikeln ist allgemein von der Antwortfrist der „Bundesrepublik“ die Rede.¹⁶ Lediglich der Kommentator der Zeitung Freies Wort erwartet eine „Stellungnahme der Bundesregierung“.¹⁷ Vertreter der hessischen SPD sehen jedenfalls das hessische Umweltministerium in der Pflicht.¹⁸

K+S sieht dem Verfahren entspannt entgegen.¹⁹ So ließ Unternehmenssprecher Oliver Morgenthal Folgendes verlauten: „Für uns bleibt festzuhalten, dass wir nach bestehenden Genehmigungen arbeiten und diese nicht beanstandet werden.“²⁰ Darüber hinaus sei die Rüge der EU-Kommission nicht nur auf Werra und Weser, sondern etwa auch auf den Rhein bezogen. „Morgenthau erwartet nach eigenen Angaben keine Folgen für die anstehende mögliche Genehmigung“.²¹

Im Thüringischen Umweltministerium will man die Aussagen der EU-Kommission genau prüfen. Noch sei zwar nicht bekannt, ob Thüringen direkt angesprochen werde, aber Umweltminister Jürgen Reinholz (CDU) erklärte, man sehe „Teile der Genehmigungen zur Laugen-Einleitung kritisch“. Er verweist auf die umstrittenen Genehmigungen des Regierungspräsidiums Kassel.²²

Klaus Reinhardt, Vorsitzender der Bürgerinitiative „Für ein lebenswertes Werratal“ sieht sich durch das Verfahren bestätigt. K+S habe es versäumt, eine verantwortungsvolle Kali-Produktion auf dem „Stand der Technik“ umzusetzen, was einen Bruch deutschen und europäischen Umweltrechts bedeute. Ärgerlicherweise habe das Regierungspräsidium Kassel den Konzern gewähren lassen.²³ Um den Druck auf K+S zu erhöhen, wolle die Bürgerinitiative einerseits den Rechtsweg beschreiten und andererseits mit öffentlichen Aktionen Aufmerksamkeit erregen.²⁴

Auch ein mehrseitiger Artikel auf Spiegel Online kritisiert die Rolle des Regierungspräsidiums Kassel. Es könne scheinbar eigenmächtig Grenzwerte festlegen, obwohl sich zahlreiche gewählte Vertreter aus mehreren Bundesländern seit Jahren für deren Senkung einsetzen. Ein weiteres erschwerendes Problem sei, dass die EU-Wasserrahmenrichtlinie ein Schlupfloch für Aufschub bis 2017 lasse.²⁵

¹⁴ HR, hessenschau kompakt, 19.07.2012, 16:45 Uhr, 0:01:58.

¹⁵ Vgl. HR 1, Start, 19.07.2012, 07:39 Uhr, 0:02:50; HR Info, Nachrichten, 19.07.2012, 10:27 Uhr, 0:04:44; HR Info, Informationsprogramm, 19.07.2012, 14:07 Uhr, 0:06:20; HR 3, Meridian, 19.07.2012, 17:12 Uhr, 0:03:37.

¹⁶ Fuldaer Zeitung, 20.07.2012; Mindener Tageblatt, 20.07.2012; Thüringische Landeszeitung, Eisenach, 20.07.2012; Weserkurier, 20.07.2012.

¹⁷ Freies Wort, Hildburghausen, 20.07.2012.

¹⁸ HR Info, Mitten in Hessen, 21.07.2012, 06:45 Uhr, 0:03:36.

¹⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.07.2012; Fuldaer Zeitung, 20.07.2012; Hersfelder Zeitung, 20.07.2012; Mindener Tageblatt, 20.07.2012; Weserkurier, 20.07.2012.

²⁰ Fuldaer Zeitung, 20.07.2012; Hersfelder Zeitung, 20.07.2012; Mindener Tageblatt, 20.07.2012; Weserkurier, 20.07.2012.

²¹ Fuldaer Zeitung, 20.07.2012; Mindener Tageblatt, 20.07.2012.

²² Freies Wort, Hildburghausen, 20.07.2012.

²³ Thüringische Landeszeitung, Eisenach, 27.07.2012.

²⁴ HNA, Witzenhausen, 30.07.2012.

²⁵ Spiegel Online, 27.07.2012.

Die Kommentatoren in Hersfelder Zeitung und Südthüringer Zeitung sehen in der Rüge ein Zeichen dafür, dass die EU-Kommission die bisherige Genehmigungspraxis für bedenklich halte.²⁶

3. Prognosen zur Verbesserung der Werra-Qualität

Auf die Anfrage aus der Landtagsfraktion der Grünen zur Wirksamkeit der 2009 mit K+S getroffenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung erklärte die hessische Umweltministerin Puttrich ihre starken Zweifel, dass sich die Wasserqualität von Werra und Weser in den nächsten Jahren nennenswert verbessern könnte. Daran würden *„auch die Bemühungen und Investitionen des Kali-Herstellers K+S nichts ändern“*. Wörtlich heißt es, *„eine unmittelbare Verbesserung im Werra-Weser-Fließgewässersystem aufgrund des Maßnahmenprogramms [sei] nicht zu erwarten“*.²⁷

Darauf reagierte K+S-Sprecher Oliver Morgenthal mit dem Hinweis, dass K+S die Salzabwassermenge seit 2006 bereits von 14 auf 10,5 Mio. m³ reduziert habe und weiter auf 7 Mio. m³ reduzieren werde. Dahingestellt bleibt allerdings, ob die Abwassermenge eine sinnvolle Aussage über die Salzmenge zulässt.²⁸

Für Grünen-Abgeordnete Sigrid Erfurth habe sich damit gezeigt, dass die geschlossene öffentlich-rechtliche Vereinbarung wirkungslos sei. Sie forderte daher, den Druck auf K+S zur erhöhen, um die Salzbelastung mit der neuen Einleitegenehmigung für Gerstungen im November 2012 deutlich zu senken. Es sei deutlich geworden, dass die 2009 getroffene Vereinbarung nur Wahlkampfaktik gewesen sei.²⁹

Die Wirksamkeit der Vereinbarung zur Salzlastverringerung ranke nicht zuletzt daran, dass Niedersachsen nicht daran beteiligt wurde. Laut Kommentator in HNA und Hersfelder Zeitung nähere diese Tatsache heute den Widerstand in Niedersachsen, denn das Bundesland wähne seine Interessen bisher mangelhaft berücksichtigt. Durch die Wirkungslosigkeit der bisherigen Vereinbarung könnten niedersächsische Politiker ihre Position, dass die Vermeidungsmöglichkeiten am Werk noch nicht voll ausgeschöpft wären, als gestärkt ansehen. Jedenfalls könnten Hessen und Thüringen ihr nördliches Nachbarland so kaum von der umstrittenen Nordsee-Pipeline überzeugen.³⁰

Für den Linken-Politiker Tilo Kummer aus Thüringen ist diese Option dagegen nur ein vorgeschobenes *„Spiel auf Zeit“*. Auch die thüringische FDP-Abgeordnete Franka Hitzing bezweifelt, dass die Nordsee-Pipeline jemals realisiert wird. Indessen sagte Frank Augsten (Grüne), die *„Hoffnung auf Produktionsverfahren, die weniger salzige Abwässer hinterließen, sei noch weniger realistisch.“* Auf Grund der sehr langfristigen Notwendigkeit der Nordsee-Leitung für die Entsorgung der Haldenabwässer sei eine gewisse Verzögerung beim Bau *„hinnehmbar“*.³¹ Die hessischen Grünen-Kollegen fordern deren Inbetriebnahme und die Aufgabe anderer Entsorgungswege für spätestens 2020.³²

²⁶ Hersfelder Zeitung, 20.07.2012; Südthüringer Zeitung, 20.07.2012.

²⁷ HNA, Hofgeismar, 19.07.2012; Hersfelder Zeitung, 19.07.2012.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Thüringische Landeszeitung, Lokales, Eichsfeld, 21.07.2012.

³⁰ HNA, Hofgeismar, 19.07.2012; Hersfelder Zeitung, 19.07.2012.

³¹ Für den ganzen Absatz: Freies Wort, Hildburghausen, 23.07.2012.

³² Thüringische Landeszeitung, Lokales, Eichsfeld, 21.07.2012.

4. Kritik an der bisherigen Entsorgungspraxis

Als Ausdruck ihres Protests gegen die Salzeinleitung (und gegen die Auflösung des örtlichen Wasser- und Schifffahrtsamtes) beteiligten sich 16 Schwimmer am 08.07.2012 bei einem neun Kilometer langen Weserschwimmen von Hann. Münden bis Vaake.³³

In einem Radiobeitrag im Deutschlandfunk klagte die Bürgerinitiative „Für ein lebenswertes Werratal“ über die Häufung von versalzten Grünflächen in der Umgebung von Gerstungen. Vertreter der Gemeinde Gerstungen sehen die lokalen Grundwasservorkommen von der Laugenverpressung bedroht. Dafür macht Frank Augsten (thüringischer Landtagsabgeordneter der Grünen) K+S verantwortlich. Das Unternehmen bestreitet eigenes Verschulden. So sei es keineswegs ausgeschlossen, dass heute noch zu DDR-Zeiten verpresste Lauge austrete.³⁴

Des Weiteren sprach sich die Wählergemeinschaft Brake in einer Veröffentlichung generell gegen die Einleitung von belasteten Abwässern in natürliche Gewässer, wie es K+S praktiziere, aus.³⁵

Die HNA berichtete über den Versuch zweier Radsportler, mit einer ca. 500 km langen Fahrt entlang Werra und Fulda auf die Werra-Verschmutzung aufmerksam zu machen.³⁶

Im bereits erwähnten Spiegel-Online-Artikel mit der Überschrift „*Die dunkle Seite des Börsenstars*“ kritisiert Dieter Kämmerer vom Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie, dass das sog. 360-Mio. Euro Paket keineswegs nur dem Umweltschutz diene: „*Die Anlagen sind nicht mehr auf dem Stand der Technik. Sie müssen ohnehin modernisiert werden.*“ Er ist der Meinung, ein derart erfolgreiches Unternehmen wie K+S wäre problemlos in der Lage auch einen jährlich einige Millionen Euro in ökologische Verbesserungen zu investieren. Dazu fordert er die Einhaltung der Empfehlungen des Runden Tisches ein.³⁷

5. Sonstiges

Außerdem wurde berichtet, dass K+S in Wildeck drei permanente Grundwasser-Kontrollstationen in Wildeck nahe der Werra einrichtet. Dadurch würden regelmäßige Tests durch K+S und die Fachbehörden ermöglicht. *„Hintergrund der zusätzlichen Messstationen ist die weitere Versenkung von Lauge durch die K+S AG.“*³⁸

Ferner fanden die begonnenen Bauarbeiten der Werra-Pipeline in der osthessischen Lokalpresse Erwähnung.³⁹

³³ HNA, Münden, 09.07.2012.

³⁴ Deutschlandfunk, Umwelt und Verbraucher, 24.07.2012, 11:50 Uhr, 0:03:50; auch transkribiert: DeutschlandRadio Online, 24.07.2012.

³⁵ Kreiszeitung Wesermarsch, 25.07.2012.

³⁶ HNA, Witzenhausen, 25.07.2012.

³⁷ Spiegel Online, 27.07.2012.

³⁸ HNA, Rotenburg, 06.07.2012.

³⁹ Hersfelder Zeitung, 31.07.2012.